

Antrag

**der Abgeordneten Angelika Beer, Dr. Uschi Eid, Wolfgang Schmitt (Langenfeld) und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Erhöhung der Mittel für zivile Minenräumung

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

In über 60 Ländern liegen schätzungsweise zwischen 100 und 300 Millionen Landminen. Jeden Monat töten Landminen 800 bis 1 200 Menschen, die gleiche Zahl von Menschen wird verstümmelt oder schwer verletzt. Jedes dritte bis vierte Opfer ist ein Kind. Landminen sind nicht nur eine Bedrohung für die Bevölkerung. Unter langfristigen Aspekten sind sie auch ein Entwicklungshindernis. Denn sie verhindern den Wiederaufbau einer Friedenswirtschaft nach einem Krieg und die Fähigkeit der Bevölkerung, sich selbst zu ernähren. Ziel einer humanitär ausgerichteten Landminenpolitik kann daher nur die vollständige Ächtung aller Landminen sein.

Diese Erkenntnis setzt sich international immer mehr durch. Auf einer Reihe von Konferenzen in Dänemark und Kanada wurde Minenräumung intensiv diskutiert. Auch die Interparlamentarische Union (IPU) hat das globale Landminenproblem als dringliches Thema benannt und auf der letzten Konferenz in Peking vom 16. bis zum 20. September 1996 eine Resolution beschlossen, die Auswege aus der Katastrophe sucht.

Dennoch ist die Gesamtproblematik der internationalen Landminenkatastrophe noch nicht ausreichend erkannt. Denn die bisherigen internationalen Konferenzen und deren Ergebnisse beziehen sich auf jene Landminentypen, die z. Z. aus den Arsenalen der Militärs in den Industriestaaten ausgemustert werden. Neuere Entwicklungen, die High-Tech-Minen der sog. „dritten Generation“, werden bislang nicht von der internationalen Aufmerksamkeit erfaßt. Dies ist aber umso dringlicher, da ihre Funktionsweise den herkömmlichen Antipersonenminen gleicht. Sie sind, wie die in der Bundesrepublik Deutschland z. Z. in der Entwicklung befindliche Flächenverteidigungsmine, mit einem Räumschutz ausgestattet. Dieser kann nicht zwischen Militärpersonal und Zivilisten oder Zivilistinnen, zwischen einem Militärfahrzeug und einem Schulbus unterscheiden. Die humanitären Hilfsorganisationen weisen zwar auf diesen Umstand hin, die Staatsregierungen sind jedoch bislang nicht bereit, diese Warnungen konstruktiv aufzugreifen.

Die Entscheidung der Industriestaaten, die Debatte auf Antipersonenminen hin zu orientieren, zeigt die politische Absicht, die hinter der Strategie steckt. Die modernen Landminen der dritten Generation sollen aus der Debatte herausgehalten werden. Insbesondere die Bundesregierung verfolgt diese Strategie. Sie präsentiert sich öffentlich als Vorreiter bei der Ächtung von Antipersonenminen, weigert sich jedoch aus militärischen und wirtschaftlichen Gründen, auf die Neuentwicklung und Neubeschaffung der modernen Minen zu verzichten. Finanziell zeigt sich diese Prioritätensetzung darin, daß seit langem jährlich weit mehr als 230 Mio. DM für die Forschung, Entwicklung, Erprobung und Beschaffung von Landminentypen, Minenverlegesystemen und militärische Minenräumung ohne größere Diskussion von der Bundesregierung bereitgestellt werden, für humanitär ausgerichtete Minenräumung aber von der Bundesregierung lediglich 3 Mio. DM zur Verfügung gestellt werden. Selbst die geringe Aufstockung der Mittel um 10 Mio. DM vom vorigen Jahr will die Bundesregierung wieder rückgängig machen.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
1. einen eigenen Titel für zivile Minenräumung im Haushalt (im Einzelplan 05-Auswärtiges Amt) einzurichten,
 2. die Ausgaben für militärische Minenräumung im Verteidigungshaushalt umzuwidmen und der zivilen Minenräumung im Einzelplan 05-Auswärtiges Amt zuzuweisen,
 3. als absolutes Minimum in dem zu schaffenden Titel 13 Mio. DM jährlich zur Verfügung zu stellen,
 4. jährlich zu überprüfen, ob und in welcher Höhe die Mittel für zivile Minenräumung zu erhöhen sind.

Bonn, den 18. Oktober 1996

Angelika Beer

Dr. Uschi Eid

Wolfgang Schmitt (Langenfeld)

Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion

Begründung

Die Bundesrepublik Deutschland hat eine besondere Verantwortung für die Räumung von Landminen. Dies nicht nur, weil zum Beispiel in Afrika in einigen Regionen immer noch Restbestände deutscher Minen aus dem Zweiten Weltkrieg die Bevölkerung bedrohen. Sie ist als die „Nummer eins“ in der Minenforschung auch ein Schlüsselland für die vollständige Ächtung aller Landminentypen.

Das Export-Moratorium der Bundesregierung, der Verzicht auf Antipersonenminen durch den Bundesminister der Verteidigung und das 7-Punkte-Programm des Bundesministers des Auswärtigen,

Dr. Klaus Kinkel, beziehen sich lediglich auf die Landminentypen, die in der Bundesrepublik Deutschland nicht mehr in die militärischen Landminen einbezogen sind und die in der Bundesrepublik Deutschland nicht mehr produziert werden. Das heißt, daß sowohl die militärischen wie die wirtschaftlichen Interessen bei der Entscheidungsfindung der Bundesregierung eine höhere Priorität haben als humanitäre Überlegungen. Diese Politik rechtfertigt in keiner Weise die von der Bundesregierung für sich beanspruchte Vorreiterrolle.

Um einer solchen Rolle gerecht zu werden, wäre es im Gegenteil notwendig, die Mittel für zivile Minenräumung signifikant und dauerhaft zu erhöhen sowie ein Verbot der Forschung, Entwicklung, Erprobung, Beschaffung und des Exportes aller Landminentypen zu beschließen.

